

Antrag der Fraktion Die Linke.Offene Liste

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	12.03.2007	Beschluss

Betreff

Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Duisburg

Inhalt

In keiner anderen Stadt Deutschlands ist eine gute Zukunft so eng mit migrationspezifischen Themen verbunden wie in Duisburg. Die umfassende Integration der Migrantenbevölkerung, die Anerkennung und Weiterentwicklung ihrer kulturellen Vielfalt und ihrer produktiven Potenziale sind eine große Herausforderung für die gesamte Gesellschaft und auch für die kommunale Politik. Erfolge auf dem Weg zu einer demokratischen, sozialen und dynamischen Gesellschaft lassen sich gerade auch am Verhältnis zwischen Migrations- und Mehrheitsbevölkerung ablesen. Die positive Spannung, die verschiedene Kulturen im Zusammenwirken mit sich bringen, muss für die dynamische Entwicklung unserer Stadtgesellschaft genutzt werden.

Auf Basis der Ergebnisse der städtischen Integrationskonferenzen 2005/2006 gibt sich die Stadt Duisburg folgende Leitlinien für ihre künftige kommunale Integrationspolitik:

1. Die Integration aller Migrantinnen und Migranten ist eine zentrale kommunalpolitische Aufgabe. Das friedliche und gedeihliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Abstammung soll auch weiterhin das Selbstverständnis unserer Stadt prägen.
2. Integrationspolitik gehen wir als Querschnittsaufgabe an, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft und von der gesamten Stadtverwaltung sowie den stadtnahen Unternehmen bei ihrer Arbeit berücksichtigt werden muss.
3. Unsere Integrationspolitik orientiert sich dabei nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit, sondern an der Lebenslage der Menschen. Es geht darum, Defizite aufzuarbeiten und neue Perspektiven für alle zu eröffnen. Unsere Integrationspolitik bezieht deshalb alle Migrantinnen und Migranten ein, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben - ob mit oder ohne deutschen Paß.
4. Unsere Integrationsangebote richten sich dabei nicht nur an Neuzuwanderer und Neuzuwanderinnen, sondern auch an Migrantinnen und Migranten, die bereits längere Zeit bei uns leben.

Fortsetzung Antrag s. Rückseite

Fortsetzung Antrag

5. Unsere kommunale Integrationspolitik lässt sich vom „4-Säulen-Prinzip“ leiten. Es geht um sprachliche, gesellschaftliche und berufliche Integration sowie soziale Beratung und Betreuung. Differenzierte und wirksame Sprachförderung ist dabei ein wesentliches und notwendiges Handlungsfeld.
6. Integration kann nach unserem Verständnis keine einseitige Eingliederungsleistung der Migrantinnen und Migranten sein, sondern setzt auf nachhaltige Annäherungsprozesse zwischen allen Beteiligten und interkulturelle Öffnung. Die Stadt Duisburg fördert durch geeignete Maßnahmen gegenseitige Akzeptanz und Toleranz sowie den interkulturellen Dialog.
7. Frauenförderung bildet einen besonderen Schwerpunkt in unserer Integrationspolitik.
8. Die in Duisburg lebenden Migrantinnen und Migranten sollen gleichberechtigt an allen städtischen Angeboten und Leistungen teilhaben können. Die Stadt Duisburg sieht sich in all ihrer Planungen und Maßnahmen einer interkulturellen Orientierung verpflichtet. Die bestehenden Angebote und Einrichtungen sollen dazu, wo nötig, zielgruppengerecht verändert und ergänzt werden. Die Vielschichtigkeit der Migrantenbevölkerung ist dabei zu berücksichtigen.
9. Die Stadt Duisburg strebt in ihrer Verwaltung und in den stadtnahen Unternehmen eine verstärkte Ausbildung und Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund an, übernimmt eine Vorbildfunktion als Arbeitgeber und erleichtert auch dadurch das interkulturelle Zusammenleben.
10. Die Stadt Duisburg ist bestrebt, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen aktiv in den Integrationsprozess einzubeziehen. Dabei soll auch das bürgerschaftliche und demokratische Engagement gefördert werden.
11. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten unterstützt die Stadt Duisburg Verbände, Vereine und Initiativen bei integrativen und interkulturellen Aktivitäten.
12. Allen Formen von Rassismus und Diskriminierung tritt die Stadt Duisburg mit Entschiedenheit entgegen. Im Rahmen der geltenden Gesetze und Grundrechte garantiert sie allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Wahrung ihrer religiösen und kulturellen Orientierungen.
13. Eine offensive Öffentlichkeitsarbeit ist wichtiger Bestandteil kommunaler Integrationspolitik.
14. Die Stadt Duisburg setzt sich in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände und gegenüber Land und Bund für die nachhaltige demokratische und soziale Teilhabe aller Migrantinnen und Migranten ein.